

- Keine Frauen in der NVA
- Freiwilligkeit der Teilnahme an GST- und Zivilverteidigungs-Aktivitäten während der Lehrausbildung
- Ersetzung des Faches "Wehrkunde" an den allgemeinbildenden Schulen durch ein Fach "Friedenskunde"
- Einstellung der Produktion von "Kriegsspielzeug"
- Erlaubnis für das Tragen jeder Art von Friedenssymbolen,

sollen vor allem Jugendliche zum Widerspruch und zum Widerstand gegen die Staatsmacht anregen und zur Formierung Gleichgesinnter beitragen.

Derartige feindliche Aufforderungen zur Sammlung und Aktivierung oppositioneller Kräfte wurden bereits im Jahre 1981 vom sogenannten Sozialistischen Osteuropakomitee sowie von der in Österreich erscheinenden Emigrantenzeitschrift "Gegenstimmen" publiziert¹, wovon Exemplare in die DDR eingeschleust, vervielfältigt und verbreitet wurden. Diese Aufforderungen orientierten bezeichnenderweise darauf, überall "offen seine Meinung über aktuelle Probleme zu äußern und nach dem Grundsatz zu handeln, nicht weniger zu sagen als erlaubt ist". Dadurch könnten resignierende Personen reaktiviert und Gleichgesinnte veranlaßt werden, "einen mutigen Redner zu unterstützen". Es wurde weiter empfohlen, alternative Lebensformen zu entwickeln und sich materiell und geistig von der "herrschenden Bürokratie" unabhängig zu machen. Konkrete Handlungsweisen reichen von den dargestellten Forderungen in bezug auf den "Wehrkundeunterricht" und der Aufforderung, Wehrdienst mit der Waffe zu verweigern, bis hin zu direkten Hinweisen für die Organisierung illegaler Arbeit, der Bildung von Diskussionsgruppen und der Einhaltung konspirativer Regeln. Bei der Vorwirklichung dieser Vorstellungen spekuliert der Gegner darauf, daß "in der Gesellschaft diese kleinsten Kräfte die größte Wirkung haben, vorausgesetzt, daß diese kleinsten Kräfte massenhaft wirksam werden".

¹ Vgl. "Gegenstimme" Nr. 1, 2. Quartal 1981

"Sozialistisches Osteuropakomitee" Info Nr. 2/Juni 1981